

Nicht alles auf eine Karte setzen

Zahnärzte verfolgen Einführung der elektronischen Gesundheitskarte kritisch

Obwohl die elektronische Gesundheitskarte (eGK) für die Zahnarztpraxis keinen Mehrwert besitzt, sind die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZVen) gesetzlich verpflichtet, die Zahnärzte auf die Einführung der eGK vorzubereiten. Doch noch besteht kein Handlungsbedarf.

Die zahnärztlichen Körperschaften und Verbände haben die Planungen für die eGK von Anfang an konstruktiv, aber auch kritisch begleitet. Die Skepsis hat gute Gründe, denn die eGK ist für die zahnärztliche Behandlung weitgehend wertlos und verursacht erhebliche Kosten. Außerdem greift sie durch die zentrale Speicherung der Daten in die Datenhoheit zwischen Zahnarzt und Patient ein. Und die von der Politik vorgegebenen Ziele werden nicht erreicht, denn Doppeluntersuchungen könnten nur bei vollständiger Patientenakte vermieden werden. Doch da die Patienten das Recht haben sollen, Daten zu verbergen und wieder sichtbar zu machen, ist die eGK medizinisch wertlos.

Datengeier kreisen

Wenn weder die Zahnärzte noch die Patienten profitieren – wer ist dann der große Nutznießer der neuen Karte? Zunächst die IT-Unternehmen, die viel Geld in ihre Entwicklung investiert haben, und nun auf satte Rendite hoffen. „Der Euro muss jetzt rollen“ lautet ein Artikel, der Mitte März in der Computer-Fachzeitschrift „heise“ erschienen ist. „Mit ihrem Lobbyismus für die schnelle Einführung der Gesundheitskarte verlangt die Industrie regelrecht, auf Treibsand zu bauen und spielt so den Kriminellen rings um den Globus in die Hände“, kritisiert Joachim Jakobs, der Autor des Artikels. Er befürchtet, dass die mithilfe der eGK gespeicherten Daten dauerhaft nicht sicher sind vor unbefugtem Zugriff. Die „kriminellen Datengeier“ wären schließlich bereit, für die Patientendaten enorme Summen zu zahlen.

„Es ist ein Fehler, alles auf die eGK zu setzen, denn sie wird die Erwartungen nicht erfüllen können“, gibt der Vorsitzende des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns, Dr. Janusz

Rat, zu bedenken. Um die Privatsphäre der Patienten zu schützen, müssten nämlich die Zugriffsmöglichkeiten so gut wie möglich beschränkt werden. Doch genau das bereite im Praxisalltag Probleme. „Bisher konnte mir niemand schlüssig erklären, wie der Spagat aus Datenschutz und Praxistauglichkeit gelingen kann“, merkte Rat an. So sind die Ärzte in Flensburg aus den Tests ausgestiegen, weil vor allem ältere und behinderte Patienten Probleme hatten, ihre PIN-Nummer einzugeben, die zur Entschlüsselung der Karte erforderlich ist. 75 Prozent der in Flensburg ausgegebenen Karten wurden durch falsche PIN-Eingaben gesperrt.

Prestigeprojekt der Regierung

Trotz aller Bedenken und Probleme: Die Karte wird kommen, denn auch die Bundesregierung hat großes Interesse an ihrer Einführung – sie hat die eGK zu einem Prestigeprojekt erkoren. Die Kosten scheinen keine Rolle zu spielen: Laut der Unternehmensberatung Booz Allen Hamilton kostet die Einführung der eGK zwischen 3,9 Milliarden und 7 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Kosten, falls die Karte auf eine Online-Variante umgestellt werden sollte, wie es von Vertretern der Krankenkassen immer wieder gefordert wird. Geld, das der medizinischen und zahnmedizinischen Versorgung entzogen wird.

Da es sich die Politik nicht leisten kann, bei der eGK ein zweites „Toll-Collect“ zu erleben, besteht sie darauf, dass die gesetzlichen Bestimmungen umgesetzt werden. Und die besagen, dass unter anderem die Bundeszahnärztekammer und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) die Grundlagen für die Infrastruktur der Karte schaffen. Dies sollte laut Gesetz eigentlich bereits zum 1. Januar 2006 geschehen sein. Doch eine Reihe von Pleiten, Pech und Pannen verzögerte die Einführung ein ums andere Mal.

Langsam werden die Vorbereitungen jedoch konkreter: Anfang des Jahres unterzeichneten KZBV und GKV-Spitzenverband eine Vereinbarung zum Inhalt und zur Anwendung der eGK. Darin heißt es unter anderem, dass „die KZBV in Zusammen-

arbeit mit den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen die Ausstattung der Zahnärzte mit den für die Verwendung der elektronischen Gesundheitskarte erforderlichen technischen Komponenten (Ausstattung mit Kartenterminals, Anpassung der Praxisverwaltungssysteme) vorbereitet“.

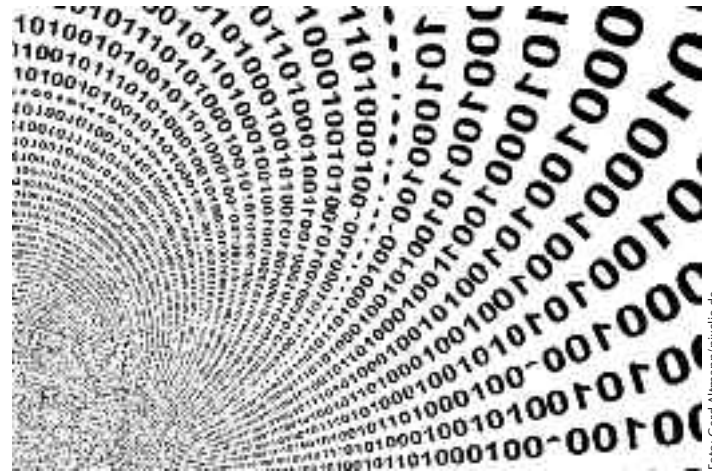
Keine voreiligen Entschlüsse

Seit die Vereinbarung unterzeichnet ist, drängen Hersteller zahnärztlicher Praxis-Software Zahnärzte verstärkt dazu, ihre Praxissysteme aufzurüsten und Kartenterminals für die elektronische Gesundheitskarte (eGK) zu kaufen. Doch der KZVB-Vorsitzende Rat rät von voreiligen Entschlüssen ab. „Wann die Karte in Bayern verteilt wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar“, betonte Rat Ende März nach der Beiratssitzung der „Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte“ (gematik). Der KZVB-Vorsitzende hatte daran in seiner Funktion als Vorsitzender des Datenschutzkontrollausschusses der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) teilgenommen. „Sobald die Einführung in die heiße Phase geht, wird die KZVB die bayerischen Vertragszahnärzte frühzeitig über die notwendigen Schritte informieren“, erklärte Rat.

Wann der sogenannte Basis-Rollout startet, in der die eGK lediglich über die Funktionen der bisherigen Krankenversichertenkarte verfügen wird, ist noch völlig offen. In Nordrhein, das eine Pionierrolle einnehmen sollte, gibt es immer noch heftigen Widerstand aus der Ärzte- und Zahnärzteschaft. So hat die Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein ihren Vorstand Ende 2008 aufgefordert, Verhandlungen über die Aussetzung der eGK in Nordrhein aufzunehmen. Und die Ärztekammer Nordrhein empfahl ihren Mitgliedern, sich keine Lesegeräte anzuschaffen, solange „wesentliche Systemfragen offen sind“. Zum Beispiel sei unklar, so die Kammer in einer Pressemitteilung, wie die Forderung der Krankenkassen nach einer Online-Aktualisierung der Versichertenstammdaten mit der Vertraulichkeit der Patientendaten zu vereinbaren sei.

Streit um Online-Anbindung

Auch die Vertreterversammlung der KZVB lehnt die Online-Anbindung der Karte ab. Die Delegierten erklärten im November 2008, die „Querverwirkung“ der Online-Anbindung mit dem BKA-



Digitale Daten werden in Form von Binärzahlen gespeichert. Durch die Online-Anbindung der elektronischen Gesundheitskarte könnten riesige Datenmengen entstehen. Umstritten ist, wie diese dauerhaft vor unbefugtem Zugriff geschützt werden können.

Gesetz „würde jeden Zahnarzt dazu nötigen, seinen Praxiscomputer dauerhaft online zu schalten, womit der externe heimliche Zugriff auf die Praxisrechner und damit auf Patientendaten ermöglicht würde“. Von Seiten der Krankenkassen hingegen wird die Online-Anbindung, die im Gesetz nicht verbindlich vorgesehen ist, vehement gefordert. Zuletzt hatte der Vorsitzende der AOK Rheinland/Hamburg, Wilfried Jacobs, erklärt, seine Kasse werde die eGK nicht verteilen, solange nicht sichergestellt sei, dass die Ärzte zur Teilnahme am späteren Online-Betrieb verpflichtet sind. Außerdem appellierte er an den nordrhein-westfälischen Sozialminister Josef Laumann, „geeignete Maßnahmen“ zu ergreifen, wenn sich Ärzte gegenüber Patienten kritisch zur eGK äußern. „Mit solchen Maulkorbforderungen wird man die Kritik der Ärzte- und Zahnärzteschaft nicht zum Verstummen bringen“, bemerkte KZVB-Chef Rat. „Wichtiger als die Forderung der Gefolgschaft par ordre de mufti wären gründliche Tests.“ Doch die Bundesregierung hat die sogenannten 100.000er-Tests, in denen die Praxistauglichkeit gründlich hätte geprüft werden sollen, für überflüssig erklärt.

Tobias Horner